

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Donnerstag, 10. Juni 1937

Nr. 135

Aus dem Inhalt:

Auflassung von Schul-
klassen soll vermieden
werden

Geburtenrückgang
und Schülerzahl

Krisenhilfe für die
westböhmisches Bäder

Lohn- und Arbeitszeit-
regelung in der mittelböh-
mischen Metallindustrie

Englischer Protest

wegen der Beschuldigung des Zerstörers
„Hunter“

London. Die Regierung hat durch ihren Bot-
schafter in Genäve bei der Regierung der Auf-
ständischen in Salamanca Vorstellungen wegen
des Unglücks des Torpedobootzerstörers „Hunter“
erhoben. Der britische Torpedobootzerstörer lief
bekanntlich am 13. Mai vor Almeria auf eine
Mine. Die britische Regierung weist darauf hin,
daß das Auslegen von Treibminen auf hoher See,
die nicht nach einer Stunde unschädlich werden,
oder von Uferminen, die nicht innerhalb des besel-
ten Zeitraumes nach Vorfällen unschädlich wer-
den, verboten sei. Sie behalte sich vor, Scha-
densersatzansprüche gegen die Salamanca-Regie-
rung geltend zu machen.

Was ist mit Tuchatschowski geschehen?

Berlin. Das Deutsche Nachrichtenbüro
meldet aus Moskau nach Informationen aus
amtlicher Quelle, daß der Divisionskomman-
dant Jeschew zum Kommandanten des
Wolga-Militärbezirk ernannt wurde. Bekannt-
lich war Marschall Tuchatschowski am 11. Mai
ebenfalls zum Kommandeur dieses Bezirkes er-
nannt worden, hat jedoch diesen Posten nicht mehr
angestrebt. Durch diese Beförderung werden
die Gerüchte über die Beseitigung Tucha-
tschowskis beseitigt. Was dem Marschall
und den wahrscheinlich mit ihm verhafteten
anderen Offizieren, heißt es in der Information
weiter, im einzelnen zur Last gelegt werde, sei
noch nicht bekannt.

Weiter wird amtlich bekanntgegeben, daß
Marschall Budjonnij, der bisherige General-
inspektor der Kavallerie, zum Befehlshaber des
Moskauer Militärs ernannt wurde. Der Arme-
ekommandeur zweiten Ranges, Djabel, wurde
Kommandant des Militärbezirk Leningrad und
der Armeekorps-Kommandeur Kuidyschew
Kommandeur des Militärbezirk Transkaukasien.

Demonstrationen gegen Neurath

Belgrad. Dienstag abends veranstalteten
Studenten und Arbeiter an drei
verschiedenen Stellen der jugoslawischen Haupt-
stadt, und zwar am Kalimaghan, beim Studen-
tenheim und in der Masarykstraße, Kundgebungen,
die in demonstrativer Weise gegen den De-
fensivkurs der Regierung und für
Frankreich und die Kleine Entente ausliefen.
Am Kalimaghan sang die Menge die Mar-
scheiliede und zerstreute sich dann über Auf-
forderung der Polizei. Beim Studentenheim gab
es einen Zusammenstoß der Demonstranten mit
der Polizei, wobei einige Personen verletzt wur-
den. Die in der Masarykstraße demonstrierende
Gruppe wollte sich zu der Villa begeben, in der
Neurath logierte, wurde aber von der Polizei
daran gehindert. Es wurde eine größere Zahl
von Personen verhaftet. In den Belgrader Straßen
wurden Flugblätter verstreut, welche eine an der
Seite Frankreichs und im Geiste der Kleinen
Entente betriebene Politik fordern.

„Sie führen Ihr Volk in den Abgrund...“

New York. (Reuter.) Der Vollzugsausschuß
des Bundesrates der amerikanischen Kirchen hat
eine Resolution angenommen, in welcher es heißt,
daß die gegenwärtige Entwicklung der Verhält-
nisse in Deutschland jeden Zweifel ausschließt,
daß die deutsche Regierung feindlich gegen das
Leben, die Erziehung und den Einfluß der katho-
lischen Kirche eingestellt ist. Am Schluß der
Resolution wird der Wunsch ausgesprochen, daß
die mächtige christliche Tradition in Deutschland
wieder frei werde. Gleichzeitig veröffentlicht der
Generalsekretär des Rates ein offenes Schreiben,
das er in der vergangenen Woche dem Reichs-
kanzler überhandte und worin es heißt:

„Sie verlegen die Würde der zivilisierten
Welt. Sie führen Ihre Nation in den Abgrund,
denn es ist nicht denkbar, den Staat
auf dem Prinzip der
Gewalt und des Hasses zu basieren.“

Krofta warnt die SDP

Unmöglich, der unwahren Auslandspropaganda
weiterhin passiv zuzusehen...

Die Exposé-Debatte im Außenaußen-
schuß des Senats wurde am Mittwoch mit dem ziemlich aus-
sichtslosen Versuch des Senators Waigner
eröffnet, die SDP von dem Vorwurf der Hoch-
verrats- und Verspottungspolitik reinzuwaschen.
Der langen Rede kurzer Sinn war ungefähr der,
daß die SDP erst dann zufrieden sein werde, bis
sich die gesamte Innen-, Außen- und Finanz-
politik des Staates nach ihren alleinigen An-
sichten richtete. Seine weitere Behauptung,
daß es erst dann zu einem freundschaftlichen
Verhältnis zu Polen(!) und den andern Nach-
barn kommen werde, bis die nationalpolitischen
Beschlüsse der SDP verwirklicht sind, und
daß die sudetendeutschen Gebiete insoweit der
„feuerpeinende Vulkan in Mit-
teleuropa“ bleiben, insoweit dem sudeten-
deutschen Volk nicht „Gerechtigkeit“ gegeben
werde, stießen auf tschechischer Seite einmütig auf
scharfste Ablehnung.

Frau Blamulová (Nat.-Soz.) erklärte,
daß wir in der Demokratie ausharren und unsere be-
währten Freundschaften aufrechterhalten müssen. Die
Ungarn Waigner, daß den schönen Worten des
Außenministers entsprechende Taten folgen sollten,
gelte in ungleich höherem Maße für Herrn Konrad
Helsen.

Ing. Winter (Soz.-Dem.) sagte, daß
die SDP überhaupt mit nichts zufrieden ist,
was bei und geschieht. Waigners Erklärung über
die Staatsräuberei der SDP sei sehr verlausur-
liert; eine solche Loyalität brauche der Staat nicht.
Kypar (Völk.) wunderte sich, daß die SDP es
weder den Deutschen, noch den Polen und Ungarn
verrage, daß sie ihre Minderheit internationalisieren,
und daß sie immer nur gegen die Tschechen losziehen.
Krnobranský (Nat. Ver.) fragt den Außen-
minister, wie lange er noch die Auslandspropaganda
der SDP dulden werde. Auch Dr. Bacek (Konm.)

Dr. Heller: Erhaltung des Friedens das höchste Ziel

Im Ausschuß ergriff auch Genosse Dr.
Heller das Wort, der ebenfalls auf Waigners
Ungereimtheiten einging und hierzu u. a. erklärte:

Wenn Herr Senator Waigner hier er-
klärt hat, daß unser Verhältnis zu den Nachbar-
staaten nur abhängig ist von der Regelung der natio-
nalen Frage, und daß dieses Verhältnis niemals
besser werden kann, wenn die nationale Frage nicht
nach den Ansprüchen der SDP geregelt wird, so ist das
überheblich und lächerlich. Geradezu
unfassbar ist seine Behauptung, daß unser
Verhältnis zu Oesterreich abhängig sei von der
Behandlung der nationalen Frage bei uns. Schon in
der Vorkriegszeit haben sich die Alpenbewohner um
die nationalen Verhältnisse in den Sudetenländern
wenig gekümmert und heute ist es nicht
anders!

Einleitend hatte sich Dr. Heller mit den
vielfachen Gerüchten über die Erschütterung der
Kleinen Entente befaßt:

Es ist kein Zufall, daß sich der Herr Minister so
ausführlich mit den Verhältnissen innerhalb der Klei-
nen Entente befaßt. In letzter Zeit hat namentlich
der Vertrag Rußlands mit Italien und
Polens mit Ungarn Befürchtungen erweckt. Aber
wir haben eine Aile aus der Reihe getan. Wir
haben auch seit Jahren einen Vertrag mit Ruß-
land. Was wir für uns in Anspruch nehmen, kön-
nen wir dem anderen nicht verweigern. Es kommt
nur darauf an, ob die anderen nicht
widerstehen. Dafür haben wir aber keinen
Beweis.

Solange der Bürgerkrieg in Spanien andauert,
kann man unmöglich davon sprechen, daß der Friede
in Europa gesichert ist. Vor einigen Tagen war er
nach dem Zusammenstoß von Almeria noch ungewiss
besteht. Nun scheint er durch die englischen Vor-
schläge wieder einmal gerettet. Aber um welchen
Preis! Die Art, wie der Frieden erhalten wird,
bedeutet die völlige Untergrabung des Rechtsbewußt-
seins im zwischenstaatlichen Leben. Das alles wird
sich in Zukunft einmal bitter rächen!

Den Schlüssel zur Lage in Europa hat Eng-
land in der Hand. Zu der vielfach gewünschten
Erklärung, daß es eine Veränderung der Verhältnisse
in Mitteleuropa nicht duldet, wird England nicht zu
haben sein. England ist ein Weltreich und muß auf
die Dominanz Rücksicht nehmen. Selbst eine Arbeit-
regierung könnte wahrscheinlich eine derartige Er-
klärung nicht abgeben.

Immerhin hat England in der letzten Zeit außer
den Erklärungen Obens eine Reihe von Taten ge-

erklärt die Forderung der SDP nach völliger Kende-
rung unserer Außenpolitik als unannehmbar
und stellte sich selbst hinsichtlich Rußlands, Frank-
reichs und der Kleinen Entente vollinhaltlich hinter
unsere Außenpolitik.

Außenminister Dr. Krofta erklärte im
Schlußwort u. a., daß weder die seit seinem Ex-
posé eingetretenen Ereignisse in Spanien, noch die
verschiedenen Besuche und Gespräche in Rom, Bel-
grad, Bukarest etc. die Situation so geändert hät-
ten, daß er heute seine Ausführungen anders for-
mulieren müßte. Die Verhältnisse zwischen den
Staaten seien beständiger als man denke.

Dem Senator Waigner wolle er auf
seine Ausführungen hinsichtlich unserer ange-
legten Isolierung gar nicht antworten, da sei es
um jedes Wort schade.

Auf die Anfrage, wie lange die Regierung
die Auslandspropaganda der SDP zu dulden ge-
denke, hatte sich der Minister in diesem Augen-
blicke nicht berechtigt, zu antworten. Er könne
bloß erklären, daß Propaganda an sich in unserem
demokratischen Staat, der allen seinen Mitbür-
gern so viele Freiheiten einräumt, eine große
Bedeutung hat, die auch der oppositionellen SDP
in hohem Maße zugute komme.

Die SDP habe sich aber dieser Wohlthat nicht
als würdiger empfunden. Man könne es dieser
jener Partei nicht verwehren, für sich im
Ausland Propaganda zu betreiben und ihre An-
sichten ins Ausland zu tragen. Es gehe hier aber
darum, daß das, was man im Ausland vorsetzt,
nicht der Wahrheit widerspre-
chen darf. Der Minister könne nicht behaupten,
daß sich die SDP in ihrer Propaganda niemals
gegen diesen Grundsatz verstoßen habe. Sollte
das so weitergehen, dann wäre es unmöglich,
dem passiv zuzusehen.

seht, die für die Aufrechterhaltung des Friedens in
Europa von Bedeutung sind. Vor allem bedeutet das
innige Zusammengehen mit Frankreich ein
großes Plus auf dem Gebiete der Friedenserhaltung.
Daß England seit mehr als einem Jahr stark auf-
rückt, hat eine kalmbierende Wirkung auf die Friede-
ndestörer in Europa ausgeübt.

Wir glauben, daß ein wirksames
Zusammengehen der Donautäler unter Aufrecht-
erhaltung der politischen Selbstständigkeit der einzel-
nen Staaten doch mit der Zeit wird erreicht werden
können.

Wir wollen auch im Innern des Staates ein
friedliches Zusammenleben der Nationen und es ist
bedeutsam selbstverständlich, daß wir als Deutsche das
Ubereinkommen vom 18. Jänner in etwas be-
schleunigterem Tempo durchgeführt und zu
einem guten Ende gebracht werden wollen.

Unsere Politik hat nur ein Ziel: die Aufrecht-
erhaltung des Friedens. Unsere Überzeugung, daß
der Friede in Europa nicht gesichert ist, solange es in
Europa große feindschaftliche Staaten gibt, ist durch die
Ereignisse nur bestätigt worden. Wir in unserem
Kleinen Lande tragen am besten zur Aufrechterhaltung
des Friedens bei, wenn wir den nationalen Frieden
im Lande fördern, unsere Wirtschaft heben und da-
mit Arbeit schaffen für die sozial Schwachen, und
indem wir schließlich moralisch und materiell alles
tun, um unser Land gegen jeden Angriff zu schützen.
Unsere Regierung und namentlich das Außenministe-
rium fördern diese Ziele und deshalb können wir
mit voller Genugtuung das Exposé des Herrn Mini-
sters akzeptieren!

Lebhafte Tätigkeit der Reglerungsartillerie

Madrid. Die republikanische Artillerie
Mittwoch seit den ersten Morgenstunden eine leb-
hafte Tätigkeit. Es wurden die Positionen der
Austriatischen in der Umgebung von Lagranja und
Balfain bombardiert. Südwestlich von Segovia
auf den Höhen des Boquero hat die Reglerungs-
artillerie Aufstellung genommen und die Gräben
der Austriatischen bei Alto de Leon und in der
Umgebung von Raphael beschossen. Auch an den
Südlichen Frontabschnitten der mittleren Front
herrscht Artillerietätigkeit. Unter anderem wird
die französische Brücke und die Straße nach La
Goruna in der Nähe von Aravaca beschossen.

Arbeitsplatz und nationaler Besitzstand

Die deutschen Beschwerden
über die Tabakregie

w. j. — Bei der Durchführung der Regie-
rungsbeschlüsse vom 18. Jänner ergeben sich eine
Reihe strittiger Probleme, die in aller Offenheit
behandelt und geklärt werden müssen. Es han-
delt sich dabei vor allem darum, den zentralen
Gesichtspunkt der Proportionalität mit den be-
rechtigten regionalen Interessen in Einklang zu
bringen. Sollen fürderhin einseitige Lösungen
vermieden werden, welche das Rechtsbewußtsein
der deutschen Bevölkerung verletzen und neuen
Stoff für eine antistaatliche Agitation bieten, so
ist es notwendig, die von der Regierung gewählte
Methode der demokratischen Vereinbarung auf alle
umstrittenen Teilfragen anzuwenden.

Das gilt insbesondere für die Personalfra-
gen der tschechoslowakischen Tabakregie.

Die Deutschen führen seit Jah-
und Tag Beschwerden, daß bei Neueinstellungen deutsche Be-
werber entweder gar nicht oder nur in völlig un-
berücksichtigender Weise berücksichtigt werden. Dar-
auf hören wir von tschechischer Seite das Argu-
ment, daß die deutsche Bevölkerung den staat-
lichen Tabakfabriken über den nationalen Schließ-
sel hinaus vertreten ist. So hat unlängst der
„Becker“ unter dem ironischen Titel „So unter-
drücken wir unsere Deutschen“ eine Auffstellung
veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß die Deut-
schen in sieben staatlichen Tabakfabriken noch im-
mer 65 bis 95 Prozent der Arbeiterschaft stellen.
Wir haben keine Freude an Bolschewiken, welche nur
einen Teil des Arbeiterstandes betreffen und daher
mehr von Rechtsaberei als von dem Streben nach
möglichster Objektivität erfüllt sind. Dennoch sei
einmal das Thema aufgegriffen und vom Stand-
punkte der deutschen Bevölkerung aus behandelt.

Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen
Tschechen und Deutschen in den staatlichen Tabak-
fabriken gestaltet sich, wenn man den unbedeu-
tenden Anteil der Karpatenrussiden und ungaris-
chen Bevölkerung eliminiert, wie folgt:

Jahr	Tschechen	%	Deutsche	%
1923	9.307	54,4	7.192	42,0
1924	8.630	56,0	6.218	40,4
1925	7.553	55,8	5.508	40,8
1926	7.151	56,7	5.048	40,0
1929	6.737	58,8	4.255	37,9
1930	6.679	60,3	4.022	36,3
1931	6.302	60,9	3.574	35,8

Daraus ist ersichtlich, daß bei einer langsam
sinkenden Arbeiterzahl der Anteil des tschechischen
Elements von 54,4 auf 60,9 Prozent gestiegen
ist, während das deutsche Element einen Rückgang
von 42 auf 35,8 Prozent zu verzeichnen hat. Die
betreffenden Daten über die letzten Jahre liegen
nicht vor, weil es die Generaldirektion der Tabak-
regie nunmehr ablehnt, den zuständigen Organisa-
tionen statistische Daten über die nationale Zu-
sammensetzung der Belegschaften zu geben, obwohl
dieses Material schon zu österreichischen Zeiten
anstandslos zugänglich gemacht wurde. Bei den
vorjährigen Betriebsauswahlwahlen wurden für
die tschechischen Gewerkschaften 5630 Stimmen,
für die deutschen 2855 Stimmen abgegeben. Dem-
nach wäre der deutsche Anteil auf 33,2 Prozent
zurückgegangen, er dürfte aber noch unwesentlich
höher sein, weil eine Anzahl deutscher Tabakarbei-
ter in tschechischen Gewerkschaften organisiert ist
und ihnen auch die Stimmen gegeben hat.

Aus der dargestellten Verschiebung der natio-
nalen Zusammensetzung der Belegschaften in den
staatlichen Tabakfabriken ergeben sich immer wie-
der Konflikte, die sich für die deutschen aktivisti-
schen Parteien besonders am Orte der Tabakfabri-
ken politisch sehr ungünstig auswirken. Es stehen
einander zwei Standpunkte gegenüber, die bisher
auf keinen einheitlichen Renner gebracht werden
konnten. Von tschechischer Seite wird das oft
kritisierte Vorgehen bei Neueinstellungen damit
begründet, daß die Benachteiligung des tschechi-
schen Elements in einzelnen Staatsbetrieben der
österreichischen Monarchie zukünftig aufgemacht
werden müsse. Von deutscher Seite wird dem-
gegenüber geltend gemacht, daß die Errichtung
von Tabakfabriken seinerzeit eine besondere Hilfe-
leistung für bestimmte Notstandsgebiete bedeutete
und daß sie eine traditionelle Erwerbsquelle für
die ortsanfällige Bevölkerung darstellten. Dar-

aus ergibt sich rein politisch die Frage, wie lange dieser Prozeß einer angeblichen Wiedergutmachung noch fortzuschreiten soll und ob die Personalpolitik der Tabakregie dauernd dem einseitigen nationalen Interesse des führenden Staatsvolkes untergeordnet werden kann. Bisher war dies in weitgehendem Maße der Fall. Aus der Fülle der vorliegenden und schon oft erörterten Beschwerden sei nur angeführt, daß z. B. seit 1. Jänner 1931 in der Tabakfabrik Tachau bei Neueinstellungen ausschließlich tschechische Bewerber berücksichtigt worden sind. In Wittkau wurden in der Periode 1929—1938 11 Deutsche und 21 Tschechen eingestellt. In Jhlau wurde seit Besetzen der Tschechoslowakischen Republik in der Tabakfabrik kein einziger deutscher Arbeiter aufgenommen! Beschwerden ähnlicher Art liegen auch aus anderen Tabakfabriken vor. Im Falle Tachau ist ferner mit Recht bemängelt worden, daß der Betriebsausschuß trotz der vorliegenden Verbindlichkeiten bei Neueinstellungen systematisch übergangen wird. Aus der bisher geleiteten Praxis ergeben sich einige schwerwiegende Mängel für die gerechte Berücksichtigung der deutschen Bewerber. Es ist offenkundig, daß die tschechischen Grenzorganisationen bei Neuaufnahmen einen nicht zu unterschätzenden Einfluß ausüben. Somit könnte es nicht passieren, daß z. B. in einer bestimmten maßgeblichen Fabrik sogar unter Umgehung der vorgezeichneten Altersgrenze im Jahre 1935 ein Deutscher aufgenommen wurde, der zuvor sein Haus für tschechische Schulgelder verkauft hatte. Diese Form der Entschädigung ist jedenfalls noch in keinem andern Ressort der Staatsverwaltung beobachtet worden. Ein weiteres Hindernis stellt die Art dar, mit welcher das Legionärsgesetz bei Einstellungen in die Tabakfabriken geltend gemacht wird. In bestimmten Fällen wurden von vornherein 50 Prozent der freien Plätze für Legionäre reserviert und von dem Rest ein magerer prozentualer Anteil den Deutschen gewährt. Dabei ist von deutscher Seite kaum die Möglichkeit gegeben, zu prüfen, ob die Vorkausbewerber tatsächlich den geforderten Voraussetzungen entsprechen. Soll es nicht bei einer dauernden Diskrimination des deutschen Elements verbleiben, so könnte nur der Ausweg gewählt werden, daß die anspruchsberechtigten Legionäre hinsichtlich auf Kosten des tschechischen Anteils eingestellt werden.

Unangenehm wirkt sich auch die Geheimnistuerei aus, welche zumindestens deutschen Angeordneten gegenüber bei bevorstehenden Neuaufnahmen geübt wird. In der Regel ist der Generaldirektion der Tabakregie nichts bekannt und nachher stellt sich sodann doch heraus, daß Neuaufnahmen vorgehen sind.

Ueber diese Dinge mußte einmal in aller Offenheit geschrieben werden, weil es einen unzulässigen Zustand darstellt, daß in so hoherer Zeit die Arbeitskraft demokratischer Parlamentarier Wochen- und Monate hindurch von dem Kampfe um einige Arbeitsstellen in Anspruch genommen wird. Auch die Generaldirektion der Tabakregie muß insbesondere bei kommenden Neuaufnahmen offen Farbe bekennen, ob sie einen Dauch vom Weisse des 18. Jänner verpirrt hat. Es ist unmöglich, daß sich die Leitung eines Staatsbetriebes als Instrument der Vergeltung eines nach ihrer Meinung im alten Oesterreich begangenen Unrechts etabliert. Mahnend sollen doch die staatspolitischen Interessen in der unmittelbaren Gegenwart sein. Bei der verhältnismäßig geringen Zahl von Neuaufnahmen verlohnt es sich einfach nicht, die Bevölkerung ganzer Bezirke durch Fortsetzung der kritisierten Praxis mit Unwillen zu erfüllen. Es ist weder Aufgabe der

Staatsgewalt noch des einen oder des anderen Staatsbetriebes, die Bestrebungen nach künstlichen Veränderungen des nationalen Bestandes zu unterstützen. Wir haben gar nichts gegen eine absolute Anwendung des Grundsatzes der Proportionalität. Wir aber von tschechischer Seite der Standpunkt vertreten, daß in den staatslichen Tabakfabriken der Anteil der Deutschen auf 23 Prozent herabgedrückt werden muß, dann muß den Deutschen die gleiche Vertretung auch im Offizierskorps und in den staatslichen Flugzeugfabriken abgebilligt werden. Vor allem geht es in dieser Sache um die wohlbegründeten regionalen und sozialen Interessen der Bevölkerung jener Gebiete, in welchen Tabakfabriken ihren Sitz haben. Der Sinn des 18. Jänner ist es, die deutsche Bevölkerung unserer Grenzbezirke und Notstandsgebiete politisch-moralisch näher an den Staat heranzuziehen. Dieser hohen staatspolitischen Aufgabe kann man nicht mit einseitigen Maßnahmen Genüge leisten. Der Sinn für ein nationalpolitisches fair play sollte endlich in allen Zweigen unseres öffentlichen Lebens Eingang finden. Notwendig ist vor allem, daß die leitenden Stellen in den Staatsbetrieben mit Männern besetzt werden, welche sich nicht als Exponenten des einen oder des anderen Volkes, sondern als über-nationale Sachwalter des Staatsinteresses fühlen.

Die Generaldirektion der staatslichen Tabakregie wird durch ihr Vorgehen bei künftigen Neueinstellungen zu zeigen haben, ob sie den Sinn des 18. Jänner versteht oder mißachtet will.

Auflassung von Schulklassen soll vermieden werden

Durch Herabsetzung der maximalen Schülerzahl in reduzierten Klassen

Im Rahmen der Aussprache des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich Schulminister Dr. Frankl in einem Schlusswort zur Expof-Debatte mit der Herabsetzung der Höchstschülerzahl in den Klassen der Volks- und Bürgerschulen, also mit einem Problem, das auch in dem kürzlichigen Antrag der Genossin Kirpal aufgeworfen wurde. Der Minister erklärte, daß die Herabsetzung der Schüler-Höchstzahl eine Notwendigkeit ist, deren er sich schon lange bewußt sei. Ein Gesetzentwurf über die Novellierung des § 7 des Kleinen Schulgesetzes soll deshalb beschleunigt verhandelt werden.

Er habe allerdings nicht mit einem Antrag kommen können, der die Sache mit einem Schläge löst, da hier auch schwierige finanzielle Fragen mitspielen. Nach Absatz 2 des § 7 sollte schon in einer Zeit, wo die zulässige Höchstzahl pro Klasse noch 80 oder 70 Kinder betrug, die Bestimmung über die Höchstzahl nicht dazu benötigt werden, um schon erreichte Klassen aufzugeben oder zu vereinigen, sobald nach der Aufhebung die Kinderzahl in einer zusammengezogenen Klasse 60 übersteigen würde. Wenn nun, wie geplant, durch eine Novelle diese Zahl von 60 gemessen herabgesetzt wird, so wird dadurch eine Reihe von Klassen g e r e i t e t werden, die bei dem heutigen Stand der Restriktion unter-

liegen würden. Dadurch wird auch die Entlassung junger Lehrkräfte und damit die Vermehrung der arbeitslosen Intelligenz vermieden werden. Die geplante Novellierung hat weiters den Vorteil, daß ihre Verwirklichung keinen neuen finanziellen Aufschlag auf die Staatskasse mit sich bringt. Weiters wird die Bestimmung verlängert werden müssen, daß in besonders berücksichtigungswerten Fällen Abweichungen von der Höchstzahl bewilligt werden können. Die geplante Novelle befindet sich derzeit im interministeriellen Verfahren und der Minister wird sich bemühen, die Vorlage in möglichst kurzer Zeit den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen.

Somit beschäftigte sich der Minister noch mit den Sprengelbürgerschulen und begrüßte den Beschluß der böhmischen Landesregierung, daß sie sich bemühen werde, in den künftigen Budgets eine erhöhte Bedeutung für die Sprengelbürgerschulen zu finden. Von den 17 Bezirken in Böhmen, in denen Sprengelbürgerschulen bereits errichtet wurden, sind 13 vorwiegend deutsch.

Der Minister erklärte dann noch, daß die Einrechnung der Militärdienstzeit in abschbarer Zeit realisiert werden wird, und zwar voll für alle Kategorien der Staatsangestellten. Die Kategorie D der Aktivitätszulage bezeichnet der Minister als einen A n a c h r o n i s m u s, an dessen Verrückung er arbeite.

Verheerende Folgen des Geburtenrückganges

Der Plan des Ministers läuft also darauf hinaus, zwar die Schaffung neuer Schulklassen, die sich aus einer generellen Herabsetzung der Höchstzahl pro Klasse zwangsläufig ergeben und natürlich auch eine starke finanzielle Belastung mit sich bringen würde, zu vermeiden, andererseits aber auch bei dem erwarteten Sinken der Schülerzahl die Auflösung von Klassen möglichst hinauszuhalten.

In der vorausgegangenen Debatte hatte Genossin Kirpal auf die Schwierigkeiten bei der Errichtung von Sprengelbürgerschulen hingewiesen und die angeforderte Gebaltsregelung der Bürgerschullehrer begrüßt. Nebenher beschäftigte sich dann mit dem Geburtenrückgang und dessen Auswirkungen auf den Schulbetrieb.

Bereits im Schuljahre 1936/1937 mußten wegen Geburtenrückganges in Böhmen 200, in Mähren-Schlesien etwa 100 Schulklassen gesperrt werden. Für die nächsten vier Jahre rechnet man mit einem Rückgang der Schülerzahl um 160.000. Das bedeutet, daß noch mehr Schul-

klassen als im Vorjahre gesperrt werden müßten. dem müßte durch die rechtzeitige Realisierung des gestellten Antrages auf Herabsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen schon für das Schuljahr 1937/1938 vorgebeugt werden.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter der Lehrerschaft empfiehlt Mednerin die Verfügung, wonach alle Lehrpersonen nach Absolvierung des 35. Dienstjahres in den dauernden Ruhestand versetzt werden. Mednerin verlangt weiters eine gerechte Dotierung der deutschen Studenten unter Berücksichtigung der Lebenshaltung der Dotationen. Die Ministerin, welche zu schaffen und das bisherige Unrecht wieder auszumachen. Notwendig sei aber eine rechtzeitige Auszahlung der Dotationen. Weiters verlangt Genossin Kirpal konform dem Antrage der Deutschen Studentenfürsorge die Erhöhung der deutschen Stipendien von 795.000 auf 1.400.000 Kč, was einer Erhöhung auf 23 Prozent, also auch dem Bevölkerungsdiskurs entsprechen würde, sowie die Verbilligung von Subventionen auch für die Ferien, die bisher nur

tschechischen Hochschülern gewährt worden sind. Ferner verlangt sie, daß für Kinder, die nach dem Wunsche ihrer Eltern nicht in die Städte geschickt werden, Lebensversicherungen erteilt werden. Die im Vorjahre erlassene A u s f u g s o r d n u n g will sie nur als probatorisch betrachtet wissen; die inzwischen gemachten Erfahrungen sollen überprüft werden.

Der Präsident der Republik empfing am 9. Juni den belgischen Volkswirtschaftler Maurice Frère. Weiters empfing der Präsident den Obmann der Brentano-Gesellschaft Professor Dr. Oskar Kraus.

Die Senatoren Paulus und Hablin aus der Nationalen Vereinigung ausgetreten. Der im Wahlkreis Brünn gewählte Senator der Nationalen Vereinigung Paulus sowie der in Jungbunzlau gewählte Senator Ing. Hablin sind aus der Nationalen Vereinigung ausgetreten und haben sich der „Vollsbewegung der Nationalen Vereinigung“ (Richtung Sibirien) angeschlossen.

Der Oberdirektor der Landesbank A. Dr. Vinzenz Dewetter ist Mittwoch in Prag gestorben. Dr. Dewetter wurde in Lobositz 1867 geboren, studierte in Prag und wandte sich erst der Advokatur zu. 1898 trat er in die Dienste der Landesbank, wo er im Laufe der Zeit zum Direktor und Oberdirektor ernannt wurde. Er erwarb sich insbesondere große Verdienste um die Organisation und Verbreitung des langfristigen kommunalen, Meliorations- und Eisenbahnkredites. Am 1. Mai 1928 ist er in den Ruhestand getreten.

Der parlamentarische Sparauschuß verhandelte am Mittwoch in Gegenwart des Innenministers Dr. Cerny über den Stand der gelösten Fragen der P b ö n i g - Versicherung und im Besonderen des Handelsministers Rajman über die für die zivile Fliegerabwehr wichtigen Maßnahmen, vor allem bezüglich der Erzeugung und des Verkaufes von Gasmasken.

Hilfe bei Elementar Katastrophen. Der landwirtschaftliche Ausschuß befaßte sich mit 97 Initiativentwürfen auf Hilfeleistung bei Elementar Katastrophen. Die Schäden betragen nach der Schätzung des Ministeriums in Böhmen 80, in Mähren-Schlesien 40 und in der Slowakei 140 Millionen. Nach ausführlicher Debatte wurde ein längerer Resolutionsantrag für das Parlamentarium ausgearbeitet.

Tschechisch - sozialdemokratischer Studentensongreß. Samstag, den 5. Juni, fand in Prag ein Songreß tschechischer sozialdemokratischer Studenten statt. Den Vorsitz führte Dr. A. Bednáč, die tschechische Sozialdemokratie war durch den Abgeordneten Robert Klein, die Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker durch Genossin Döcker vertreten. Im Laufe der Verhandlungen erschien auch Fürsorgeminister Ing. Režab, der in seiner Ansprache insbesondere das Problem der jungen Intelligenz berührte. Das erste Referat erstattete der Vorsitzende Dr. Bednáč, der sich mit der Ueberproduktion der Intelligenz beschäftigte, sodann sprach der Vorsitzende-Stellvertreter A. J. Jirás über die Studenten-Internationale. Schließlich berichteten die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen über ihre Tätigkeit. Bei den darauffolgenden Wahlen wurde Dr. A. Fried zum Vorsitzenden, A. Dvořák zum Sekretär gewählt. — In Budweis fand Ende Mai der erste Songreß der Mittelschüler in Südböhmen statt, bei dem eine Reihe sozialistischer Vertrauensmänner und Kulturarbeiter Referate hielten. Das „Právo lidu“ berichtet, daß die Abwesenheit der Direktoren und Professoren allgemeinen Aufsehen erregte.

40

JUNGES WEIB

VERONIKA

ROMAN VON MARIA GLEIT

Sieh, du hast die Arme geöffnet, als ich kam, nichts als das. Doch ich? Doch ich? Ich bin den Weg gegangen, den Weg zu dir — Du hastest ihn mir abgesperrt wie deinem Feind. Ich hatte dich enttäuscht. Ach, Lieber, wann enttäuschen zwei sich nicht? Ich habe dir das Bild zerstört, das du von mir in deiner Seele trugst. Ach, Lieber, es war ein allzu schönes Bild, so reine Farben hat das Leben nicht. Du könntest sagen, daß ich erit gekommen sei, als ich durch Zufall hörte, wie es dir gleichgültig geworden ist, was ich getan — oder nicht getan —, ob ich schuldig geworden bin an unserer Liebe oder nicht. Ja, das könntest du. . . Den Weg jedoch — den hatte ich schon hinter mir, es war nur noch der letzte Schritt zu tun. Und deine Worte? Lieber, — sie fielen als Entgegnung, als Widerspruch, fast unbewußt, nicht als Erkenntnis, langsam herangereift, sondern als Triumph, aus Trotz, als man dir sagte, daß du mich verloren hättest. So wenigstens erscheint es mir, je länger ich darüber nachdenke.

„Darüber denkst du nach, Veronika?“ fragte der Mann.

Sie nickte, sah ins Licht. „Es ist doch wichtig, Arnold. Du wolltest dich doch scheiden lassen. Du kannst doch nicht, weil ich gekommen bin, nur deshalb, diesem Plane untreu werden. Es ist doch nichts gefehlen sonst. Niemand hat dich von meiner Unschuld überzeugt. Ich habe dich belogen, Arnold, seit wir verheiratet sind, — wenn auch aus Liebe, nur aus Liebe — aber das ent-

schuldigt nicht. Du weißt noch nicht einmal, was zwischen Trudenbrot und mir gewesen ist. Du sagst sogar, du willst es nicht mehr wissen. Arnold, das ist ein sicherer Weg! Wenn ich dir denn bewußt geworden, daß du mit einer Lügnerin doch leben kannst! Daß du mit einer Frau, die dich betrogen hat —

„Ich bitte dich, Veronika, hör' auf!“ sagte er, sehr sanft und sehr bestimmt. „Hast du dem Peterle denn nicht gesagt, du brächtest ihm den Vater mit nach Haus?“

Wieder senkte sie die Augen. „Weil ich dich liebe“, antwortete sie sehr leise, „habe ich alles vergessen können, — weil ich dich liebe, kann ich dich auch verlassen, wenn alles gesagt ist. Peterle bleibt dann bei dir. Und ich —

„Veronika!“ rief der Mann, „Veronika! Was redest du denn nur?“ Es flackerte die Kerze, unruhig zuckte des Mannes Gesicht, und eine Träne löste sich aus den gesenkten Augenwimpern seiner Frau.

„Hast du denn nicht versichert, daß nun alles gut wird?“ fragte er, eindringlich überredend, wie man ein Kind fragt. Sie trodnete die Träne.

„Ja“, sagte sie, „doch wird es niemals gut, wenn du dich nur nicht von mir trennen willst, weil ich versuchte, dich zurückzuholen. Auch du müßt einen Weg gegangen sein — auch du — sonst hat ja alles keinen Sinn.“

„Hör' mir doch zu, Veronika!“ bat der Mann. „Ich bin den Weg gegangen, als ich die Tür vor dir verschloß und — allein war. Ich bin den Weg gegangen, als ich den Brief schrieb, der die erklärte, warum ich nicht mit dir zusammenleben könne, — als ich ihn dir auf meinen Schreibtisch legte und — allein war. Ich bin den Weg gegangen, als ich meiner Schwägerin verbot, dir zu sagen, wo ich mich befände, — als ich ihr das verbot und — allein war. Allein, allein, Veronika! Du hastest doch die Mutter, hattest doch das Kind. Du warst noch nie allein, Veronika, in dieser selbstgewählten, selbstverpflichteten, mit eigenem Willen herbeigeführten Ab-

sperrung von jenem Teil des Lebens, der zu dir gehört. Das war mein Weg, Veronika. Als ich ihn dir versperrte, ging ich ihn schon zu dir zurück.“

„Das hilft mir nicht, Arnold“, sagte sie, und ihre Finger zerrückten das Wachs am oberen Kerzenrand. Dann lehrte der Mut in ihr Anlich zurück, sie hielt die linke Hand ausgereckt auf die brennende Kerze, so daß die Flamme sich an den Handteller stieß, und fragte, ohne die Stimme ihrer Stimme zu vertreiben: „Arnold, glaubst du an Gott?“

Sie hielt, den Ellenbogen auf den Tisch gestützt, noch immer die Hand auf der Flamme und versuchte heiter zu erscheinen, während sie ganz weiß wurde im Gesicht.

„Ich glaube an dich!“ antwortete er. Da fiel ihre Hand auf das glimmende Wachs und erstigte die Flamme. Alles Sichtbare verlöschte. Nur Atem war noch, Geist der Nacht.

„Sie sitzen doch im Dunkeln!“ rief die alte Frau, die aus der Küche kam und eben noch das Licht gesehen hatte, und sie jammerte, während sie Streichhölzer brachte, über die unzureichende Beleuchtung und die Handwerker, die einem alten Weibe das Dasein erschwerten. Veronika lächelte. „Seken Sie sich doch ein bißchen noch zu uns!“ bat sie und deutete auf einen leeren Stuhl.

„Wollen Sie uns nicht etwas erzählen?“ Die Alte strich mit der Hand über den Stuhl, unständlich nahm sie Platz. „Ach, liebe Frau, was gibt es zu erzählen?“ seufzte sie dabei. „Seit fünfundsiebenzig Jahren bin ich nun allein; jetzt hab' ich mir den Durschen angekauft, weil es zuviel wird mit der Arbeit hier. . .“

„Ihr Mann ist tot?“ fragte Veronika.

„Ja, liebe Frau, mein Mann ist tot.“ Ein-tönige, ergebene Klage der Stimme, die von einem Leben voller Mühsal und Entbehrung berichtete. „Ja, liebe Frau. . .“

Veronika hatte die Hände auf dem Tisch gefaltet und hörte zu. Begreifen, dachte sie. Logen-fahren; ertragen kann es jeder, dieses Leben, denn sieh, wie vieles hält der Mensch nicht aus? Wer

aber befreit es, das Dasein, das Schicksal? Wer wächst ihm zu? Wer trägt es leicht und bürdelos bei aller Mühe?

„Sie haben ja nichts mehr zu trinken!“ unterbrach sich die rebellig gewordene Alte und entschuldigte sich, in den Keller eilend, um eine neue Flasche zu holen.

„Ja, liebe Frau. . .“, sagte Wanhölzer langsam und betrachtete Veronika mit tiefem Ernst, verweilte mit dem Blick auf ihren unter dem Kinn gefalteten Händen, in der verschatteten Innigkeit ihrer Augen.

„Wie heißt diese Alte ist“, fuhr er fort, da Veronika nachsinnend schwieg, „liebe Frau. . . meine liebe Frau. . . unsere lieben Frauen. . .“

Die Alte brachte die Flasche, staubte sie ab und enifernte sich wieder. Sie mußte schlafen gehen, meinte sie, doch ihre Gäste sollten sich nicht stören lassen.

„Ich habe gesehen, wie du zu Trudenbrot gegangen bist“, sagte Wanhölzer, „denn ich habe alle deine Wege verfolgt. In jener Nacht ist meine Liebe gestorben, Veronika, in dieser aber ist sie aufgestanden, und alles, was zwischen dieser und jener geschah, war nur die Vorbereitung darauf, war nur Vereinfachung, dein Leben dennoch aufgehen zu lassen in mir.“

„Wie ich dir danke“, sagte Veronika, „daß du mir endlich hilfst mit einem Wort.“

„Wilst du von Trudenbrot sprechen?“ fragte er.

„Ja“, antwortete Veronika, „denn ich war bei ihm, Lieber, nicht nur in jener Nacht. Schon früher war ich bei ihm. Einen Tag vor unserer Hochzeit schon. Ich kannte ihn. Ich wußte alles. Und ich hatte Angst.“

„Vor ihm, Veronika?“

„Ich hatte Angst, dich zu verlieren, Lieber. Das war mein Jertum. Das war der Altar, auf den ich sinnlos Opfer häufte. Ich wußte vieles von den Menschen, Arnold, und viel von meinem Herzen, viel von deiner Leidenschaft — aber nichts von der Ehe, gar nichts. (Schluß folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Freigewerkschaftlicher Erfolg

bel der Betriebsausschusswahl der Firma Schwanek in Georgenthal

Bei der Firma Schwanek, Holz-, Kunst- horn-, Knopf- und Perlenfabrik in Georgenthal, die derzeit bei gutem Geschäftsgang rund 1000 Arbeiter beschäftigt, fanden am Samstag, den 5. Juni, die Betriebsausschusswahlen statt. Von 880 Wahlberechtigten wurden 714 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten: Der Verband der Holz- und Landarbeiter, SdP Reichenberg, zwei Mandate, der Einheitsverband der Holzarbeiter, SdP Prag, zwei Mandate, die tschechische nationalsozialistische Gewerkschaft, SdP Prag, zwei Mandate, die Deutsche Arbeitnehmer-Gewerkschaft, SdP Gablonz, drei Mandate.

Bei der Betriebsausschusswahl 1935 hatte die Deutsche Arbeitnehmer-Gewerkschaft fünf Mandate und die freien Gewerkschaften (Verband der Holz- und Landarbeiter und der Einheitsverband der Holzarbeiter) je ein Mandat erhalten. Die DAW verliert also gegenüber den vorhergegangenen Betriebsausschusswahlen zwei Mandate oder 35 Prozent der Stimmen. Die freien Gewerkschaften gewinnen zwei Mandate und den prozentuellen Stimmenszuwachs.

Zum Verbot des wilden Bergbaus

Einige Bezirksbehörden unseres Randgebietes erließen diese Woche einen Erlaß, laut dem der wilde Bergbau und die Gewinnung unbesteuerteter Kohle wie auch deren Verkauf und Ankauf verboten wird. Dieser Erlaß bedeutet für viele arbeitlose Menschen die Verschüttung ihrer letzten Einkommensquelle, weshalb es notwendig ist, kritisch dazu Stellung zu nehmen.

Der wilde Bergbau ist natürlich keine ordnungsgemäße Angelegenheit. Gerade in den letzten Wochen war eine ziemliche Anzahl von Toten zu beklagen, Opfer ihres gefährlichen Berufs.

Arbeiterkinder

In drückender Engo und freudeleerer Umgebung sehnen sich nach Freiheit und viel Freude. Der Kindertag soll ihre Sehnsucht voll befriedigen.

Keiner dieser Arbeitslosen hat sich jedoch diesen Erwerbssorgen aus Lust an der Schinderei und der Gefährdung seines Lebens erlösen. Kohlengräber wurde er, weil ihm unsere Wirtschaftsordnung eine andere Verdienstmöglichkeit nicht erlaubte und er von den großen Großen aus der Arbeitslosenunterstützung nicht leben konnte.

Bei Nacht und Nebel sind arbeitslose Menschen mit ihren Kohlenwägelern auf die einzelnen Schächte gefahren, haben aus der Halbdunkel Kohlenstücke gefammelt, bis die Säcke und Wägelern voll beladen waren, dann haben sie sich stundenweit heimzu geradert und Abnehmer für ihre Ausbeute gesucht. Auch das ist nun zu Ende, denn der Verkauf unbesteuerteter Kohle wird streng bestraft.

Dieses Verbot treffen aber nicht nur die Verkäufer, sondern ebenso hart einzelne Käufer, die in ihrer sozialen Bedrängnis ganze Fuhrer Kohle nicht kaufen konnten, sondern auf die Belieferung durch die Kohlenlaufer angewiesen waren. Auch für sie wird nun die Frage auftauchen, wo sie nun Erlaß hernehmen werden.

Zweifellos ist es richtig, daß der wilde Bergbau gefährlich ist, wiederholt Menschenleben fordert hat und deshalb zu verbieten ist. Mit Verboten aber kann man der Arbeitslosennot nicht steuern. Man muß den Menschen neue Arbeitsmöglichkeiten erschließen.

Warum verwendet man die arbeitslos gewordenen Bergleute, die durch das Verbot des wilden Bergbaus beweisen, daß sie arbeiten wollen, nicht dazu, das devastierte Bergbaugelände zu rekultivieren? Kann man ein Verbot nicht auch gegen die Bergbauunternehmer erlassen, die den Boden ausrauben und dann das Land zu Bruch gehen lassen? Kann man diese Verzeihen nicht dazu verpflichten, die in unserem Heimatgebiet angelegten Bodenschichten wieder aufzumachen? Alle die geschwundenen Verdienstquellen würden von selbst versiegen, wenn die Menschen arbeiten und verdienen könnten. Darum besteht für den Staat nicht nur die Aufgabe, Verbote gegen den wilden Bergbau und den unbefugten Kohlenhandel zu erlassen, sondern auch die moralische Pflicht, die Menschen in den Produktionsprozess zurückzuführen, damit sie in ihrer bergweiserlichen Lage eben nicht falsche Wege beschreiten.

Der Streik bei Eplag in Dallwitz allgemein

Vor einer Woche traten, wie berichtet, die Baderinnen der Porzellanfabrik Eplag in Dallwitz wegen Lohnminderungen in den Streik. Der Versuch der Firma, Streikbrecher zu bekommen, mißglückte. Wegen des herausfordernden Ver-

haltens des Betriebsleiters Dr. F r t z e r gegenüber der Arbeiterschaft trat Mittwoch früh die gesamte Belegschaft von 240 Mann in den Streik und verließ den Betrieb. Am Nachmittag fand eine Betriebsversammlung statt, in der die Arbeiterschaft einmütig das Verlangen der Betriebsleitung ablehnte und bekundete, daß der Streik der Baderinnen ein gerechter ist. Weiter protestierte die Belegschaft gegen die Behandlung, die ihr der Betriebsleiter zuteil werden läßt, und verlangte vom Eplag-Konzern ehestige Abhilfe.

Brüxer Teilstreiks beendet

Brüg. (Tsch. P.-B.) Der Streik in den Gruben „Minerva“ und „Poseidon“, sowie im Tagbau des „Fortuna“-Schachtes ist beendet. Der Forderung der Arbeiter nach Neuregelung einiger Bedingungen im Rahmen des Kollektivvertrages wurde entsprochen. Auf den beiden erstgenannten Schächten wird in der nächsten Woche eine vierte Schicht eingelegt. Daraufhin wurde heute auf allen Gruben normal gearbeitet.

Was die »Zeit« nicht berichten und was die SdP nicht tun wird

Die SdP-Oppositionswitauer Brunn wendet sich an die Arbeiter dieses Wahlkreises mit einem Flugblatt, in dem zuerst der Wirtschaftsaufschwung auch der sudetendeutschen Industrie festgestellt wird, die aber von sich aus alles tut, um den niedrigen Lohnstand der Kräftezeit aufrechtzuerhalten. Dann heißt es wörtlich:

Wir fordern die maßgebenden Stellen der SdP des Wittauer Bezirkes somit auf, sich ihrer einst gestellten sozialen Aufgabe im gegebenen Augenblick vollumfänglich bewusst zu werden und im Interesse der sudetendeutschen arbeitenden Bevölkerung des Wittauer Industriegebietes die deutsche Unternehmerenschaft zu beurlauben, die Lohnsumme mindestens 20 Prozent zu erhöhen. Sollte die deutsche Unternehmerenschaft dieser gerechten Forderung kein williges Gehör schenken, fordern wir, daß mit Einschluß aller Vertragsgewerkschaften wie auch aller politischen Parteien der Kampf um die Erhöhung der Löhne eingeleitet werde, der diese bornierte soziale und volksgesundende Einstellung einer liberal-kapitalistischen Unternehmerrichtung zu brechen imstande ist. Die SdP-Opposition wendet sich mit dieser Flugchrift an die gesamte Arbeiterschaft des Wittauer Industriebezirkes mit der ausdrücklichen Erklärung, einzig und allein die elementaren Lebensinteressen der deutschen schaffenden Bevölkerung ethisch und selbstlos zu vertreten, greift aber vorläufig zu keiner selbstständigen Sonderaktion, sondern fordert als oppositioneller Teil der SdP diese auf, dort wo es unerlässlich notwendig ist, sofort einzugreifen.

Der Ton des Flugblattes verrät ziemlich unverkennbar, daß die SdP-Opposition gar nicht ernsthaft damit rechnet, die SdP würde auf ihre Forderungen den geforderten Druck ausüben. Wenn daher diese Opposition „vorläufig“ zu keiner Sonderaktion greifen will, so wird sie nachläufig ihren Weg entscheiden von dem der SdP trennen müssen — vorausgesetzt, daß es diesen Oppositionellen ernst ist mit ihrer Absicht. Die Arbeiter aber, die der SdP den Rücken kehren, weil sie sie als Fabrikantenpartei erkannt haben, werden die SdP-Opposition wohl höchstens als Durcheinanderstimmung betrachten und benehmen können. Ihr Platz wird letzten Endes nur in den freien Gewerkschaften und in der DSWP sein.

Nichtbestätigung eines SdP-Bürgermeisters. In dem Städtchen Tachwiz in Südmähren war im Dezember 1936 der Vizebürgermeister der SdP, Rudolf Schnaittinger, mit 13 von 18 Stimmen zum Bürgermeister gewählt worden.

Viermächte-Konferenz über Seekontrolle?

Paris. Der französische Außenminister Delbos hatte Mittwoch abends eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter in Paris Cerruti. Es heißt, daß Italien und Deutschland einer gemeinsamen Beratung der vier Großmächte England, Frankreich, Deutschland und Italien zustimmen, in der die Fragen betreffend die weitere Regelung der Seekontrolle Spaniens behandelt würden. Italien und Deutschland beharren, wie verlautet, darauf, daß eine eventuelle Abmachung durch ein gegenseitiges schriftliches Abkommen präzisiert werde.

Eden: Niemals Repressalien!

London. Ueber die spanische Flottenkontrolle sagte Eden im Unterhause, daß die Verhandlungen zwischen den Kontrollmächten lediglich die Vereinfachung des aktuellen Konfliktes und

Brief an den Zeitspiegel

J. K.-Komotau schreibt uns:

Am 5. Juni abends saß ich in Komotau in dem Autobus, der die Strecke Komotau-Brüx fährt. Neben mir saßen drei Männer in den Uniformen des Unterstützungsvereines gedienter Soldaten, die ihrem Reden nach zum Aussiger Verbandtag der ehem. gedienten Soldaten fuhrten. An den gleichen Tagen (5. und 6. Juni) fand in Komotau auch das Bezirksfest des Bundes der Deutschen statt, aus welchem Anlaß einige Geschäftsleute die Staats- und Stadtflaggen geholt hatten. Einer von den drei Deutschen — auf weite Sicht konnte man ihm schon den „biedereren Hausheeren“ ansehen — deutete auf ein Geschäft, das nur die Stadtflagge geholt hatte und meinte zu den anderen: „Na, der R. hat ja auch nur die Stadtflagge herausgehängt; schon recht so, die werden sich schon dran gewöhnen. Ich habe meiner Frau dahome den Auftrag gegeben, nur die Stadtflagge zu hängen. Wenn sie kommen und verlangen, daß auch die Staatsflagge gezeigt werden muß, dann soll sie lieber die Stadtflagge einziehen. Wenn sie sich mit der nicht begnügen, dann lieber keine.“ Die Heldenbrust des Sprechers zierte stolz eine Kornblume...

Das Landesamt in Brünn hat aber, wie nun bekannt wird, die Bestätigung Schnaittingers verweigert, so daß eine Neuwahl notwendig wird.

Vertretertag und Frauentag der Deutschen Jugendfürsorge in Böhmen. Die Jahrestagungen der Deutschen Jugendfürsorge in Böhmen finden vom 12. bis 14. Juni 1937, in Leitmeritz statt. Folgende Tagesordnung ist vorgesehen: Samstag, den 12. Juni: Deutscher Frauentag um 14 Uhr im neuen Saale des Elbischloßes; „Nachschlag von Frau und Kind“. (Dr. G. Müller, Reichenberg). „Organisatorischer Ausbau der Frauenarbeit“. (Nachschleppin Emma Rott, Vordubitz, Reichenberg). Aussprache; Sondertagung der Werbeleiter um 18 Uhr im Elbischloßrestaurant. — Hauptausstellung um 17.30 im Gartensaal des Hotels „Soywan“. — Begrüßungsabend um 20 Uhr in der Turnhalle. — Sonntag, den 13. Juni: Ordentliches Vertretertag um 8 Uhr im neuen Elbischloßpavillon. Sötagungsgemäße Angelegenheiten. „Die Beziehungen einer vorbereiteten geschlichen Regelung der Jugendfürsorge zur privaten Fürsorgearbeit“. Dr. E. Rohm, Reichenberg; Kinderfest um 14 Uhr mit anschließendem Kinderfest auf der Schloßinsel; Venezianische Nacht um 20 Uhr auf der Schloßinsel. Montag, den 14. Juni: Elbfahrt und Führungen.

60 Jahre Gewerkschaftsfiliale der Egerer Buchdrucker. In den Tagen des 4. und 5. Juli d. J. feiern die Egerer Buchdrucker die 60. Wiederkehr ihres ersten Zusammenschlusses auf gewerkschaftlicher Grundlage. Die aus diesem Anlaß in Eger veranstalteten Feiern umfassen eine Festversammlung mit Verbandsvorstand Senator Remeel als Redner, Tagungen der Fortbildungssektionen und der Lehrlingsabteilungen, einen Dünsten Abend, Lehrausflüge und Besichtigungen. Die Gewerkschaft hat zu ihrer Jubelfeier eine typographisch erstklassig ausgestattete, 72 Seiten starke Festschrift herausgebracht, die interessante Entwürfe über den Wegbezug der Filiale, die Entwicklung des Buchdrucks in Böhmen seit Gutenberg und eine kurzgefasste Rückschau auf die Geschichte Egers enthält.

Alle Klassenbewußten Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützen durch ihre Teilnahme den

Reichsaufmarsch der Republikanischen Wehr vom 3. bis 5. Juli in A u f f i g.

Nächste Etappe: Sofia

Sofia. Reichsaussenminister von Neurath ist Montag abends mit dem Flugzeug in Sofia eingetroffen und wurde auf dem Flugplatz mit militärischen Ehren empfangen. Zu seiner Begrüßung hatten sich Ministerpräsident Stojewitsch, Vertreter des Jaren Boris und des Kriegsministers und hohe Beamte sowie der italienische, jugoslawische und der österreichische Gesandte und der Leiter der ungarischen Gesandtschaft eingefunden. Am Donnerstag wird Neurath von Jaren Boris empfangen werden, bei dem er mittags zu Gast sein wird, nachmittags wird Neurath mit dem Ministerpräsidenten Stojewitsch konferieren.

Belgrad informiert Paris

Paris. Außenminister Dvon Delbos empfing Mittwoch gegen Abend den jugoslawischen Gesandten in Paris Simic, der ihn über den Belgrader Besuch des Reichsaussenministers von Neurath informierte.

Das Bombardement der „Deutschland“

Valencia. (Agence Espagne.) Der Sonderkorrespondent der Agence Espagne hat sich mit dem Kapitän José Arzaga unterhalten, welcher eines der spanischen Flugzeuge führte, die von den Luftabwehrkräften des deutschen Kreuzers „Deutschland“ angegriffen wurden. Der Kapitän Arzaga ist ein Mann im mittleren Alter. Er dient seit neunzehn Jahren in der spanischen Armee, seit fünfzehn Jahren ist er Piloter. „Wir hatten Order erhalten“, erklärt Kapitän Arzaga, „einen Auffüllungsflug über Ibiza zu machen, um im Notfall vier von unseren Fernführern Hilfe zu bringen, die in der Nähe dieser Insel operierten. Wir flogen in einer Höhe von 3000 Metern, als wir gegen 6 Uhr nachmittags ein Kriegsschiff bemerkten, welches in einer Entfernung von ungefähr 200 Metern von der Küste vor Anker lag. Als wir uns näherten, um es zu rekonoszieren, wurden von dem Schiff in der Richtung unserer Apparate Schüsse aus Fliegerabwehrkanonen abgefeuert. Es ist unmöglich, ein Schiff aus einer Höhe von 3000 Metern zu erkennen, aber es schien uns, daß das Schiff, das uns angriff, die „Amirante Cerbera“ sei. In jedem Falle konnte es sich nur um ein feindliches Schiff handeln. Ich gab deshalb Order, den Angriff zu beantworten. Das Flugzeug, das uns begleitete, erwiderte gleichfalls. Als wir feststellten, daß unser Ziel getroffen war, lehrten wir zu unserer Flugbasis zurück.“

Im Laufe der Unterhaltung gab Kapitän Arzaga exakte Auskunft über die Flieger, die die Besatzung der beiden republikanischen Flugzeuge bildeten, die von der „Deutschland“ angegriffen wurden. „Es handelt sich bei dieser Genauigkeit, die gewiß nicht unnütz ist, darum, gegenüber einer gewissen Propaganda diesen Punkt reiflich aufzuklären. In dem Flugzeug, das ich befehligte, heißt der Beobachter Felix Allende, er ist 1923 in die spanische Fliegerarmee eingetreten. Der Bediener des Maschinengewehrs ist seit vier Jahren im Dienst und heißt Ramon Lopez. Die Besatzung des zweiten Flugzeuges bestand in dem Kommandanten Armando Garcia, der lange im Dienst der spanischen Postflugverkehrsgesellschaft Lape stand, aus dem Leutnant Jaime Ferran und aus dem Sergeanten Felix Lopez.“

Görings „Volksgasmasken“

Berlin. Vor Funktionären des Reichsluftschutzbundes hielt Ministerpräsident Göring eine Ansprache, in der er vor allem anführte, daß die deutsche Volksgasmasken nimmere fertiggestellt sei und in Millionen Exemplaren zur Ausgabe gelange. Sie sei das Beste, was in diesem Augenblicke erdacht werden konnte. Sie habe den Vorzug, unter allen Umständen gegen alle bisher bekannten Gasarten Sicherheit zu bieten, und ihr Preis werde so liegen, daß sie von allen Volksgenossen erstanden werden könne.

Kommt in Rumänien eine Militärregierung?

Das Mandat der Regierung Tatarescu nähert sich seinem Ende. Seit Wochen wird in der rumänischen Presse ein Kampf um die Regierungsnachfolge geführt. Rumänischer Tradition nach mühte die stärkste Oppositionspartei, das ist zweifellos die national-zarunistische Partei, die Regierungsnachfolge anzutreten. Um dies zu verhindern, setzten die Rechtsparteien, zu denen auch die liberale Regierungspartei zu rechnen ist, alle Kräfte ein. Der Führer einer faschistischen Gruppe, Herr G o g a, hat nun, anscheinend im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten Tatarescu, den Vorschlag gemacht, eine Regierung aus G e n e r ä l e n soll die Nachfolge der Regierung Tatarescu übernehmen. Dieser Generalsregierung ist die Aufgabe zugegeben, die Wahlen durchzuführen. Gegen diesen Vorschlag wenden sich auch die faschistischen Gruppen alle Parteien Rumaniens, selbst der Marschall Averescu hat sich gegen eine Regierung der Generäle erklärt. Vor kurzem nun hat der Führer der National-Zarunisten, M i h a i l a c h e, die Erklärung abgegeben, daß er, falls die Regierung Tatarescu nicht bis zum 1. Juli zurücktrete und die National-Zarunisten zur Regierungsnachfolge berufen werden, von seinem Posten als Parteiführer der Partei zurücktreten werde.

Ungelöste Rätsel um den Tod der Kokainistin Elisabeth Langer

Freispruch ihres Geliebten Wenzel Petřík

Prag. (rb) In der Nacht vom 29. März d. J. ereignete sich in Prag ein mysteriöser Vorfall. Kurz vor Mitternacht fuhr vor dem bekannten Sanatorium des Dr. Borubka ein Auto vor. Ein vorläufig unerkannt gebliebener Mann trug eine junge Frau, die in tiefer Bewusstlosigkeit war, in den Empfangsraum und forderte den Nachtpolier aufgeregt auf, sogleich den diensthabenden Arzt zu rufen. Als dieser erschien, war der Unbekannte verschwunden. Am Empfangsraum war die Frau zurückgeblieben, die keine Lebenszeichen mehr gab. Es zeigte sich, daß sie kurz vorher gestorben war, und zwar, wie bereits die erste oberflächliche Besichtigung der Leiche ergab, offenbar an den Folgen einer Vergiftung durch ein starkes Narkotikum. Nach etwa einer Stunde rief ein Mann an und erkundigte sich nach dem Befinden der auf so ungewöhnliche Art Eingelieferten, in welcher inwieweit die Postbeamtin Elise Langer festgestellt worden war. Der Anrufer erhielt den Bescheid, daß es ihr besser gehe und er sich persönlich einstellen solle, was er auch versprach und hinzufügte, er werde ihr auch ihre Schuhe bringen. Die Verstorbene war nämlich ohne Schuhe gewesen. Kurz nachher stellte sich der Anrufer tatsächlich ein und wurde von dem bereitstehenden Detektiv sofort verhaftet. Es zeigte sich, daß es sich um den Kaufmann Ullrich Wolf handelte, zugleich aber erwiderte sich, daß dieser von dem Tode der Langer nichts Näheres wußte, sondern bloß im Auftrage seines Freundes, des 44jährigen Wenzel Petřík gehandelt hatte, der seit zweieinhalb Jahren der Geliebte der Langer gewesen war und in dessen Gesellschaft sich die Kokainistin auch befunden hatte, als sie ihre letzte und tödliche Dosis Kokain konsumierte. Kurz nachher war auch Petřík in Polizeigewahrsam und nun begann eine lange und komplizierte Voruntersuchung, die damit endete, daß Petřík des Vergehens wegen die Sicherung des Lebens angeklagt wurde. Dienstag fand vor dem Strafgericht des Dr. Solnáček die Hauptverhandlung statt, die keine volle Klarheit brachte, aber die Vorgeschichte dieser

Tragödie einer Kaufschlüssigen wenigstens äußerlich im Zusammenhang übersehen ließ.

Den tödlichen Zusammenbruch erlitt Elisabeth Langer, deren schmerz Kokainismus feierlich, bei einem Zusammenstoß mit ihrem Geliebten Wenzel Petřík im Dejwitzer Café „Wajsal“. Ob es sich um eine akute Vergiftung infolge einer abnorm großen Dosis des Giftes handelte, oder um den unausheilbaren Zusammenbruch des gestörten Organismus, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls erlitt die Langer nach der Schilderung Petříks plötzlich einen schweren Anfall, nachdem vorher schon mehrfach Sinnesstörungen und Anzeichen geistiger Beeinträchtigung bemerkbar gewesen seien. So habe sie ihm plötzlich ausgerufen: „Du hast ja drei Köpfe...“ Derartige Halluzinationen sind in diesem Stadium gewöhnlich. Gleich darauf wurde sie bewusstlos, worauf sie Petřík in der geschuldeten Art im Sanatorium Borubka abliefern ließ.

Was Wenzel Petřík betrifft, so ist dessen Verur als Notmissetäter im Ruhestande angegeben. Als solcher bezieht er eine Pension von 438 Kč, auf die er aber nicht angewiesen ist. Als Sohn einer sehr reichen Mutter, die mehrere Häuser besitzt, bezieht er außerdem 1500 Kč monatlich, wofür er die Hausverwaltung führt. Daneben betrachtet er sich aber als Schriftsteller und erklärt, bereits eine Reihe von Romanen geschrieben zu haben, von denen allerdings noch keiner gedruckt worden ist. Welcher Art die von ihm produzierte Literatur ist, geht aus dem Probestück hervor, das als indirektes Indiz in diesem Prozeß seine Rolle spielt und dessen Titel ursprünglich lauten sollte: „Wunderliche Abenteuerinnen des Seltsamordes“, später aber geändert wurde in „Die Traumkarawane“. Es ist ein Roman aus dem Leben der Kokainisten und die Beschuldigungen der Anklage gehen dahin, daß es Wenzel Petřík war, der seine Freundin zum Kokaingenuss verführte habe, um sie durch das Studium ihrer Kaufschlüssigkeit als Modell für seine Romanfiguren zu benutzen. Diese Beschuldigung bestreitet der Angeklagte aber mit

Tagesneuigkeiten

Deutsche Freiheitskämpfer für Spanien

Auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der „Union für Recht und Freiheit“ und des Spanien-Ausschusses unter Leitung des Kapitäns Wolfka unterbreitete die „Union für Recht und Freiheit“ eine umfangreiche Materialiensammlung über die Tätigkeit deutscher Freiheitskämpfer für das spanische Volk. Aus zahlreichen Beispielen wurde ersichtlich, wie die deutschen Arbeiter trotz des auf ihnen lastenden Terror immer wieder von ihrem Lohn Pfennige absparten, sie sammelten und auf den verschiedensten, oft gefährlichen Wegen der spanischen Volksfront zuleiteten. Um dieser Sammlungen willen sind bereits Hunderte von Arbeitern verhaftet und sogar mehrere von ihnen von der Gestapo in der Haft ermordet worden. Neben den sogenannten „Freiwilligen“, die gegen den eigenen Willen und ohne Wissen ihrer Angehörigen verhandelt werden, gibt es auch wirkliche Freiwillige, die aus Deutschland den Weg nach Spanien gefunden haben, um dort den Faschismus gemeinsam mit 3000 deutschen Emigranten, die der spanischen Volksregierung ihre Waffenhilfe leisten, bekämpfen zu können. Es wurden auch Fälle bekanntgegeben, in denen sogar deutsche Arbeiter sich geweigert haben, für Spanien bestimmte Kriegsmittel zu verladen. Wie es bei der Herstellung solcher Kriegsmittel zugeht, dafür gab General Maja unlängst den Beweis, indem er ein Gefäß vorzeigte, das ohne zu explodieren in den Volksfrontreifen niedergegangen war und in seinem Innern statt Sprengpulver Zigarettenentzieher und einen Zettel, der den deutschen Freiheitskämpfern Freundschaft und Sympathie ausdrückte. Trotz der Massenverhaftungen dauern die spanischen Sammlungen in Deutschland, teilweise auch in Gestalt der Beschaffung von Stricknadeln usw., unvermindert an. Das deutsche Volk ist, nachdem nahezu 1000 deutsche Soldaten den Tod auf dem Felde der Schande gefunden haben, hinreichend im Bilde über die Methoden, mit denen deutsche LandesKinder für fremde Interessen geopfert werden.

gegen wendete Petřík sofort ein, daß bekanntermaßen bei Kokainisten vorgezeichneten Stadium die Tendenz zu Begierde und besonders zur Verleumdung naheliegender Personen bestehe. Einer anderen Zeugnisaussage, die dahin lautete, daß er an dem freitäglichen Abend der Langer ein Glasröhrchen mit einem weißen Pulver gefüllt habe, bezeugt er mit der Erklärung, er habe sich bloß dieses Röhrchen bemächtigt, um es wegzunehmen. Die verdächtigen Umstände der Ablieferung seiner sterbenden Geliebten in das Sanatorium begründet er mit seiner Erregung, die ihn den Anblick der Sterbenden nicht habe ertragen lassen. Der Kaufmann Wolf, der sich im Auftrage des Angeklagten nach dem Befinden der Langer erkundigte und als erster verhaftet wurde, gab an, Petřík sei selbst kein Kokainist gewesen, wogegen die Langer schwer fasslich war. Auf die Frage, wer ihr das Gift beschafft habe, beteuerte der Zeuge die Aussage, als ihm der Vorlesende belehrt, daß er nicht aussagen müsse, wenn die Aussage ihm zum Nachteil oder zur Unehrten gereichen würde. Im übrigen betonte der Zeuge, er habe gleich beim Telefon seinen Namen genannt und von Anfang an alles, was er von der Sache wußte, freiwillig und wahrheitsgemäß ausgesagt. Die Verhandlung endete damit, daß der Angeklagte mangels Beweisen freigesprochen wurde.

General auf der Flucht. Mit dem Geldemut der Generale hat es oft seine Saken. Vor wenigen Tagen wurde berichtet, daß der jugoslawische General Jibković, vor wenigen Jahren noch der allmächtige Diktator des Königreiches, aus Laibach fliehen mußte, weil sich die Slowenen über den Besuch des ehemaligen Diktators, der nun als Redner der Jugoslawischen Nationalpartei umherreist, wenig erbaut zeigten. Nun meldet das Tsch. P.-B. aus Celje (Cilli) folgenden Vorfall:

Belgrad, 9. Juni. Für den gestrigen Abend berief die jugoslawische Nationalpartei eine Versammlung in das Volkshaus von Celje ein. Nach dieser slowenischen Stadt kam auch der Parteivorsitzende, General Jibković, zusammen mit einigen Parteifreunden. Vor dem Hause, in welchem die Versammlung abgehalten werden sollte, hatten sich mehrere tausend Personen eingefunden, die bereit für eine Demonstration voranzutreten, daß die Versammlung nicht abgehalten werden konnte. General Jibković ließ sich vom Nationalhaus, das von den Demonstranten blockiert wurde, zum Bahnhof in einem Auto des roten Kreuzes bringen und reiste nach Belgrad ab.

Die Flucht des Generals im roten Kreuz-Auto — das erinnert schon ein wenig an G. U. S. H. a. w. s. K. o. m. o. d. i. e. „Helden“, die ja auch im europäischen Südosten spielt. Jibković hat sich jedenfalls mutiger gezeigt, als er 1903 an der Spitze einer Offiziersverschwörung den Alexander Obrenović und die Draga Mäkin erschlachten ließ und als er dann vor wenigen Jahren die Verfassung aufhob und Tausende Oppositionelle einsperren oder mit den Segnungen der Polizei-Polsterkammern von Belgrad und Zagreb Bekanntheit schliessen ließ. Es ist doch recht interessant, immer wieder zu beobachten, daß diejenigen um das eigene Leben am ängstlichsten besorgt sind, die mit fremden Leben ganz großzügig umspringen!

Vor der Freilassung des zweiten Verurteilten im Bördsmarck-Prozeß. Wie verlautet, wird in den nächsten Tagen über das Vergehen des wegen Mitschuld an der Ermordung der Margit Bördsmarck im Jahre 1927 zu fünfzehnjähriger schwerer Kerkerstrafe verurteilten ehemaligen Doktors der Medizin J. o. h. a. n. n. A. l. e. p. e. t. ä. u. m. bedingte Entlassung aus der Strafhaft entschieden werden. Da jedem Strafgesangenen das Recht zusteht, nach Verbüßung von zwei Dritteln der verhängten Strafe um bedingte Haftentlassung anzusuchen und da diese auch stets gewährt wird, wenn sich der Häftling während der Strafe gut geführt hat, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Alepeták bereits in den nächsten Tagen auf freien Fuß gesetzt werden wird. Bekanntlich wurde der gleichfalls zu fünfzehn Jahren verurteilte S. i. l. o. r. s. k. i. bereits vor einigen Wochen entlassen. Der dritte Verurteilte M. i. c. h. a. l. i. o., der zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wurde, wird die Gefängnismauern nicht mehr verlassen, außer er wird einmal begnadigt. Wie bekannt, hat Alepeták, der unerschütterlich an der Weisheit seiner Unschuld festhält, während seiner Strafe zweimal versucht, eine Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen, doch wurden die Gesuche abgewiesen.

Tragischer Tod einer Mutter. Dienstag nachmittags ging am Ufer der Elbe eine junge Mutter mit einem Neugeborenen in den Armen, spazieren und führte noch zwei andere kleine Kinder mit sich, während das vierte Kind, das älteste Mädchen, am Ufer spielte. Plötzlich fiel das spielende Kind ins Wasser. Die Mutter stürzte instinktiv der Tochter nach, wobei sie auch die drei übrigen Kinder mit sich rief. Nur das älteste Kind wurde gerettet, während die Mutter und die drei übrigen Kinder ertranken.

Im Tagliamento ertrunken. Im Tagliamento sind in Latifana drei Kinder im Alter von zehn bis 15 Jahren ertrunken.

Tempo, Tempo! Der Bauer Bugarcic in Cetovo (Serbien), der erst 36 Jahre alt ist, ist Großvater geworden. Er selbst heiratete mit 17 Jahren und verehelichte als 34jähriger Mann seine 18jährige Tochter, die jetzt einen Sohn geboren hat. Der Großvater ist 60 Jahre alt.

Stalins Mutter gestorben. In Tiflis starb am 4. Juni die Mutter Stalins, Katharina Schugachwili, infolge einer Lungenerkrankung im Alter von 77 Jahren.

Die Ausrüstung der russischen Arktisflieger. Sämtliche russischen Zeitungen veröffentlichten sehr ausführliche Berichte über die Einzelheiten der Vorbereitung und Durchführung der Nordpol-Expedition von Professor Schmidt. Besonders interessant sind die Angaben über die Ausrüstung von Apparaten und Mitgliedern der Expedition für den Fall einer Havarie oder sonstigen unvorhergesehenen Zwischenfälle. Diese ist nach genauestem wissenschaftlichen Studium der Polarkforschung und insbesondere der Erfahrungen von Amundsen, Nansen, Byrd und anderen durchgeführt worden. Es wurden auch nur Flieger und Forscher ausgewählt, die selbst jahrelange Erfahrungen in der Arktis haben, und die genau wissen, wie sie sich in der Eiswüste zu verhalten haben. Jedes Flugzeug führt Jelte aus imprägnierter Seide, Schlafsäcke für jedes Mitglied der Expedition, Waffen und Werkzeuge, Skier und alles, was zum Lagerleben gehört, mit. Für den Fall der Havarie besitzt jedes Flugzeug Klippboote aus Gummi und einen besonderen tragbaren Kurzwellensender. Besonders sorgfältig ist die eiserner Ration ausgewählt worden, die für volle drei Monate ausreicht. Die tägliche Ration beträgt: 170 Gramm Fleisch, 250 Gramm Zwieback, 80 Gramm Zucker, 100 Gramm Schokolade, 100 Gramm Fett, 65 Gramm Kalas, 80 Gramm Dörrobst und zwei Gramm Tee. Die Speisen können auf besonderen Kochern zubereitet werden, die gleichzeitig zum Aufschmelzen der Motore dienen können.

Zwischen die Buffer geraten. Dienstag gegen 20 Uhr geriet in Slatinah bei Chrumim der 88jährige Zugbegleiter Josef Hejtmann zwischen die Buffer und wurde getötet. Er hinterläßt Frau und Kind.

Heber und Schwert. Beim Militärwissenschaftlichen Institut konstituierte sich am 7. d. M. in einer Versammlung von Schriftstellern ein Arbeitsausschuss, dessen Vorsitzender Dr. Jaroslav Durich und dessen Mitglieder Dr. Karel Capal, Josef Kopta, Dr. Frantisek Langer, General Rudolf Medel und Dr. Ed. Konrad sind. Der Ausschuss hat die Aufgabe, einen Beratungsausschuss der Schriftsteller beim Militärwissenschaftlichen Institut ins Leben zu rufen, der in Fragen der Beförderung und der Propaganda mit dem Institut zusammenarbeiten und auf diesem Gebiete die gesamte tschl. Schriftstellergemeinde vereinen würde.

Schilling-Einlagen. Die Postparafasse in Prag macht darauf aufmerksam, daß zur abermächtigten Hebung jenes Schillingbetrages, welcher den Österreichern nach Österreich auf ihrem Reiseinlagebuch der Österreichischen Postparafasse von der letzten Reise zurückgeblieben ist, eine besondere Bewilligung der Tschechoslowakischen Nationalbank nötig ist. Es wird somit empfohlen, daß jene Interessenten, welche wieder nach Österreich reisen wollen und zu diesem Zweck neue Beträge auf das Scheckkonto Nr. 80.000 „Österreichische Postparafasse-Reiseverkehr, Cestobni list, Wien“ einlegen, der Postparafasse in Prag mit dem Reisepasse zugleich auch ihr österr. Reiseinlagebuch einleihen, wonach die Postparafasse selbst die nötigen Bewilligungen auf Verlangen besorgen wird.

Die Verlosung der Gewinne der 1. Klasse der 37. tschl. Massenlotterie wird am 18. Juni 1937, um 18 Uhr im Rechenkausal der Direktion der Staatslotterien, Prag I., Noz ul. č. 4, beginnen und wird am 19. Juni 1937, um 8 Uhr fortgesetzt werden. Verlost werden im ganzen 2035 Gewinne im Gesamtbetrage von 1.161.440 Kč, welche den Spielern ohne Abzug ausbezahlt werden. Von höheren Gewinnen werden ausbezahlt: 1 Gewinn zu 120.000 Kč, 1 zu 50.000 Kč, 3 zu 20.000 Kč, 5 zu 10.000 Kč, 14 zu 5000 Kč, 80 zu 2000 Kč. Die Einküftung der Nummerzettel der 37. tschl. Massenlotterie und der Gewinnzettel der 1. Klasse findet öffentlich am 18. Juni 1937 um 10 Uhr statt. Die amtliche Verlosungsliste wird am 21. Juni 1937 erscheinen.

Bis Freitag schönes Wetter. Unter Einwirkung eines Druckhochs über Westrußland herrscht in Mitteleuropa heißes Sommerwetter mit Temperaturen von 20 bis 32 Grad Celsius im Schatten vor. Neben dem Golf von Biscaya bildet sich jedoch eine Störung aus, an deren Rückseite gegen Frankreich kühlere ozeanische Luft vordringt. Die Störung wird voraussichtlich allmählich gegen Osten fortschreiten, so daß bei uns etwa Freitag eine Abkühlung eintreten und die Neigung zu Gewittern zunehmen dürfte. — Wahrscheinliches Wetter heute: Andauern des sommerlichen heißen Wetters, mit Wärmegewittern. — Wetterausblick für morgen: Im ganzen keine wesentliche Änderung, in Böhmen leichte Abkühlung und Verstärkung der Gewitterneigung möglich.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Freitag
Prag, Sender I: 10.05: Deutsche Presse, 10.15: Deutsche Sendung: Für die Frau, 11.35: Prager Musikquartett, 12.10: Schallplatten, 12.35: Orchesterkonzert: R. K. Rebbal, Job. Strauß usw., 1.15: Geigenquartett, 18.10: Deutsche Sendung: Univ. Prof. Dopfner: Reiseindrücke aus Ägypten, 18.35: Arbeiterkundung: Aktuelle zehn Minuten, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aus dem deutschen Kulturleben, 20.05: Rundfunkorchesterkonzert: J. S. Venclo: Van Dus, Kantate, 22.25: Langmusik. — Prag, Sender II: 14.15: Deutsche Sendung: Univ. Prof. Uth: Die Entdeckung der Natur, 14.30: Schallplatten, 14.35: Stefan Engel liest aus seinem Buch „Schall und Rauch“, 14.50: Deutsche Presse, 18.30: Böhmer Trio. — Brünn 18.10: Rundfunkorchesterkonzert, 17.40: Deutsche Sendung: Sportaktualitäten. — Filmaktualitäten. — Vergebung 10.15: Kammermusik. — Kofschau 19.10: Militärmusik. — Währ. Odrau 18.10: Deutsche Sendung: Bertia Landt: Wasser und Gas im Haushalt.



Kampf bis zum letzten Augenblick

Während Europa mit sich und seinen politischen Problemen beschäftigt ist, nimmt die Streikbewegung in den Vereinigten Staaten immer mehr zu. Je weiter die Zeit fortschreitet, um so größer wird die Erbitterung, mit der die Arbeiterklasse ihre Wünsche gegen das brutale Unternehmertum durchzusetzen will. In der Nähe der Chicagoer Stahlwerke kam es zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei zu einer regelrechten Schlacht. — Die Polizei ließ die Verletzten auf-

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Lohn- und Arbeitszeitregelung in der mittelböhmisches Metallindustrie

Nach mehreren schweren Verhandlungen wurde Montag für die Metallindustrie in Mittelböhmen, ungefähr 50.000 Arbeiter, ein Uebereinkommen zwischen den Arbeitgebern und den Vertragsorganisationen erzielt, welches Mittwoch den Vertretern vorlag.

Das Uebereinkommen betrifft drei Fragen:

1. die Lohnregelung,
2. die Gewährung von einmaligen Leistungsausgleichs, und
3. die Regelung der Arbeitszeit.

In materieller Hinsicht bedeutet das Uebereinkommen einen Gewinn der Arbeiter in der Höhe von rund 38 Millionen Kč jährlich. Von

grundsätzlicher Bedeutung ist es, daß gleichzeitig auch erreicht werden konnte, daß die Arbeitgeber im Prinzip einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in der Woche zustimmen. Die 48stündige Arbeitszeit wird durch das Uebereinkommen nicht ausgeschlossen, sondern sie wird dort zugelassen, wo die Beschäftigung des Betriebes es erfordert. Für die 45. bis 48. Wochenarbeitsstunden werden jedoch besondere Zuschläge bezahlt werden.

Diese Einigung ist von großem Wert, weil sie zum erstenmal für eine der wichtigsten und größten Arbeitergruppen die Arbeitszeitverkürzung vertraglich festlegt und damit eine Brücke in die gerade in dieser Frage feste Front der Unternehmer schlägt.

Krisenhilfe für westböhmisches Bäder

Durch eine Regierungsverordnung vom 3. Juni, die Mittwoch in der Ausgabe der Gesetzesammlung veröffentlicht wurde, werden die Durchführungsvorgänge für das Verfahren bei Ansuchen um Schuldenerleichterungen für Kurhausbesitzer in den Bädern festgelegt. Unter anderem wird bestimmt, daß die vom Schuldner an den Vorständen des Bezirksgerichtes, bzw. der bei dieser Gerichtsstelle errichteten Kommission eingehenden Besuche einer kommissionellen Behandlung unterzogen werden, bei der Vertreter des Schuldners und des Gläubigers anwesend sind. Die Verhandlungen der Kommission sind nicht öffentlich, die Abstimmung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit in Abwesenheit der Parteienvertreter. — In einer weiteren Verordnung vom gleichen Tage wird bestimmt, daß die Erleichterungen für die Ortsgemeinden Karlsbad, Marienbad mit den Gemeinden Kuchowitz und Wabšín, ferner für Franzensbad und für Joachimsthal Geltung erlangen. Die Verordnungen traten am 9. Juni in Kraft.

Die Verhandlungen über die Selbständigerversicherung

Am 9. d. M. fand im Fürsorgeministerium unter dem Vorsitz von Minister Ing. Nečas die Schlußkonferenz über die Novellierung und Aktivierung der selbständig-erwerbstätigen Personen statt. An der Enquete beteiligten sich die Vertreter der Interessenscorporationen und Gruppen, mit welchen diese Fragen bereits früher und ins-

besondere in der Enquete am 30. Oktober 1936 beraten worden war.

In der Sitzung am 9. d. M. wurden die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen und vor allem der schriftlichen Erhebungen des Fürsorgeministeriums zusammengefaßt, die die genaue Formulierung der Grundprobleme dieser Versicherung bezweckten. Es wurde festgestellt, daß die wichtigsten Korporationen zu diesen Fragen im ganzen positiv Stellung genommen haben und daß die ursprünglich wesentlich divergierenden Ansichten sich soweit angenähert haben, daß die bisherigen vorläufigen Erhebungen als beendet angesehen werden können, und zwar im Sinne einer Bejahung der Aktivierung der Versicherung.

Mit Rücksicht darauf kann an die Bildung einer besonderen Kommission geschritten werden, die aus den Vertretern aller Interessenscorporationen bestehen wird und welcher eine besondere versicherungs-mathematische Fachkommission angegliedert werden wird.

In der Debatte wurden die Bemühungen des Fürsorgeministeriums um die Aktivierung der Selbständigerversicherung mit Dank anerkannt und das vorgeschlagene weitere Vorgehen gebilligt.

Die Umsatzsteuerpauschalierung bei den Landwirten

In Zeitungen und auch in den Kundmachungen bei den Gemeindeämtern wurde vor einiger Zeit auf die Einbringung des Beschlusses zur pauschalieren Umsatzsteuer aufmerksam gemacht. Bei der Ausführung der Fristen ist nun ein Verzug unterlaufen. Es hieß dort, daß die Pauschalumsatzsteuer bis längstens 31. August beim Steueramt einzuzahlen sei. Dies ist unrichtig; die Steuer muß bereits bis längstens 31. Juli mit den üblichen Posterscheinen entrichtet werden. Mit der Pauschalumsatzsteuer ist gleichzeitig auch die Pauschalsteuerverfahren für das Jahr 1937 einzubekommen, die dann beim zuständigen Steueramt bemessen wird. Die Bezahlung der Pauschalsteuerverfahren hat gleichzeitig mit der Pauschalumsatzsteuer bis 31. Juli 1937 zu erfolgen. Beide Steuern können mit einem Erlagschein eingezahlt werden, doch ist auf der Rückseite eine detaillierte Angabe zu machen. Demnach entfällt am 1. Jänner 1937 die Fleischsteuerzahlung bei den Finanzämtern, die von nun an für die Kleinlandwirte nur als Pauschalsteuerverfahren von den Steuerämtern vorgeschrieben wird und in der oben erwähnten Weise zu bezahlen ist. Insofern betragsmäßige Beträge in der Zeit ab 1. Jänner 1937

bei den Finanzämtern eingehoben wurden, ist dies diesen Beamten mitzuteilen, damit die Ueberschneidung an das Steueramt veranlaßt werden kann; diese bereits eingezahlten Beträge brauchen dann nicht mehr bei der Pauschalsteuerverfahren eingezahlt zu werden.

Die Kohlenförderung im Ostböhmer Revier. Im Vergleich zum Vorjahre weist in den ersten vier Monaten 1937 die Kohlenförderung im Ostböhmer Revier eine Steigerung von 1,20 Millionen Tonnen auf. Sie betrug 1936 2,66 Millionen Tonnen und 1937 3,86 Millionen Tonnen.

Die Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft in Bulgarien. Die tschechoslowakische Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft hat in Bulgarien eine Gesellschaft gegründet, die sich mit der Ausbeutung bulgarischer Erzlager befaßt wird.

Tschechoslowakei fast alleiniger Glaslieferant der Sowjetunion. Die Sowjetunion importierte im ersten Quartal für 182.000 Rubel Glaswaren, die fast ausschließlich aus der Tschechoslowakei — für 178.000 Rubel — bezogen wurden.

Der Lederwarenexport. Im ersten Vierteljahr 1937 sind mehr Lederhandschuhe und Leder ausgeführt worden als Lederfüße. Der Exportwert der Lederfüße betrug 63,7 Millionen, der Export von Handschuhen und Leder jedoch 79,5 Millionen Kč.

Tschechoslowakei drittgrößter Autolieferant Jugoslawiens. Jugoslawien führte im Verlaufe 127 Lastwagen für 21,9 Millionen Dinar und 1228 Personenvagen für 33,7 Millionen Dinar ein. Davon lieferte Deutschland 316, die USA 46 und die Tschechoslowakei 33 Lastwagen; in Personenvagen betrug der Anteil Deutschlands 745 Stück, der USA 240 Stück und der Tschechoslowakei 57 Stück.

Kraftig erhöhte Weisstaubfuhr. Die Weisstaubfuhr stieg in den ersten vier Monaten auf 3,9 Millionen Kč, gegen 5,8 Millionen Kč in der gleichen Vorjahreszeit.

Immer neue Preiserhöhungen. Die Kartonnagenfabrikanten, die erst kürzlich eine Preiserhöhung beschlossen haben, kündigten eine erneute Erhöhung der Kartonnagen um 30 bis 50 Prozent an und begründeten sie mit einer entsprechenden Verteuerung der Rohmaterialien.

Mexikanischer Erdölstreik beendet. Die Arbeiter der Petroleumgesellschaften haben beschlossen, der Aufforderung des Präsidenten Cardenas zur Wiederaufnahme der Arbeit nachzukommen und ihren Konflikt einem Schiedsgericht vorzulegen.

Rumänien führt Krankenversicherung für Landarbeiter ein. Bisher unterlagen die Landarbeiter in Rumänien nicht der Krankenversicherung. Nun will die rumänische Regierung ein entsprechendes Gesetz durch Verordnung erlassen.

Das Kabinett Konoyé

(Mu) Die neue japanische Regierung des Prinzen Humimaro Konoyé ist, äußerlich genommen, nichts anderes als eine Kombination der beiden letzten Beamtenkabinette von Hirota und Hata. Die beiden Verteidigungsministerien bleiben in der Hand jener Minister, die im letzten Kabinett Hata diese Posten innehaben. Damit behält der Kreis der gemäßigten Militärs um den gestürzten Ministerpräsidenten Hata seinen Einfluß in der Regierung. Dagegen ist in der Außenpolitik die Leitung von Sato auf Hirota, der zweieinhalb Jahre lang, vom September 1933 bis zum Februar 1936, das Außenministerium innehatte, und dann kurze Zeit an der Spitze der Regierung stand, übergegangen. Hirota ist wohl, abgesehen von Konoyé selbst, die markanteste Gestalt der neuen Regierung. Im Grunde genommen ist Aoki Hirota ein Jüngling des alten Tojama, des „Alten von Berge“, der japanischen Politik. Die Rolle von Tojama in der Politik Japans ist nicht ganz klar. Er ist der Chef der „Schwarzen Drachen“, der nationale Supergangster, der als Gegenspieler des alten Saionji angesehen wird. Hirota selbst ist ein Mann der „eisernen Faust im Sammethandschuh“. In ihm ist einerseits die alte Tradition des Gaimisho, des Außenministeriums, verankert, das in der Feinheit und Doppelstimmigkeit ihrer Methoden wohl jede Konkurrenz mit einer abendländischen Diplomatie aushalten kann. Andererseits gehört Hirota zu jener Schule der japanischen Außenpolitik, die eine gewalttätige Auseinandersetzung früher oder später für unvermeidlich hält. Das nächste Ziel der Außenpolitik von Hirota ist stets die Schaffung einer gewalttätigen strategischen und wirtschaftlichen Basis in Nordchina gewesen. So lange diese Aufgabe nicht gelöst war, suchte Hirota eine Ruspierung der Beziehungen zu Moskau zu vermeiden. Aber es ist Hirota gewesen, der allen Widerständen zum Trotz die Politik der Einmischung in nordchinesische Angelegenheiten und die allmähliche Zerschlagung von Nordchina betrieben hat. Es ist also mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß er eine „aktive“ Politik auf dem Festland machen werde. Mit Hirota erscheint wiederum auf der Oberfläche Professor Baba, der im Kabinett Hirota die Verbindung zu den

beiden Großkonzernen, Mitsui und Fuyo, hergestellt hat. In dem Kabinett Konoyé hat er das Innenressort inne. Von den neuen Ministern ist noch Graf Kijima, der Ackerbauminister, zu erwähnen, der ein besonderer Vertrauensmann von Konoyé und der Verbindungsoffizier zu den politischen und militärischen Eliten ist. Akiama ist in der letzten Zeit vielfach im Zusammenhang mit der Bildung einer neuen großen Partei unter persönlicher Führung von Konoyé genannt worden.

Am interessantesten im neuen Kabinett ist aber selbstverständlich der Ministerpräsident selbst. Konoyé gehört zu der uralten Familie Fujiwara, die direkt „von den Göttern abstammt“ und deren sagenhafter Stammvater mehr als 25 Jahrhunderte zählt. Die kaiserliche Familie hat sich sehr oft mit dem Stamm Konoyé-Fujiwara verheiratet, so oft, daß man ebensogut von einer Dynastie Fujiwara sprechen kann. Die Familie geriet nach dem Tode des Vaters des jetzigen Ministerpräsidenten, der übrigens gleichfalls Präsident des Oberhauses gewesen ist und Ende des vorigen Jahrhunderts eine bedeutende politische Rolle gespielt hat, in Verfall. Konoyé selbst ist in der jüngsten Zeit, wahrscheinlich auch unter dem Einbruch der russischen Revolution von 1905, dem Einfluß von Kropotkin und Tolstoi. Man behauptet, daß der Prinz auch heute einen gewissen Sinn für soziale Reformen aufweise. Im Jahre 1925 hat er seinen entscheidenden Einfluß in die Waagschale geworfen, um das allgemeine Wahlrecht durchzusetzen. Er ist auch immer im Oberhaus für einen Ausgleich mit dem Unterhaus eingetreten.

Aber es wäre falsch, Konoyé für einen „westlicherisch“ orientierten Reformen zu halten. Bereits vor 10 Jahren, als er von den Pariser Friedensverhandlungen nach Hause kam, war Konoyé von der abendländischen Zivilisation sehr enttäuscht gewesen. Diese Enttäuschung ist seit damals wahrscheinlich noch stärker geworden, sie ist bezeichnend für die ganze jüngere Generation der japanischen Politiker und Intellektuellen. Konoyé ist übrigens erst 46 Jahre alt, also nach japanischen Begriffen noch sehr jung. Aber Prinz Konoyé ist von seiner „göttlichen Sendung“ überzeugt. Denn diese göttliche Sendung ist nur eine Widerspiegelung der mythischen Mission, die das Land der aufgehenden Sonne und sein Kaiserhaus in der Welt hat. Bei der Einsetzung des Schattentaisers von Mandchukuo hat Prinz Konoyé den Anspruch getan: „Das ist die Erfüllung eines Schicksals, das man seit Jahrzehnten erwartet hat!“ Nippon sei, nach offizieller japanischer Ansicht, bereits heute ein Vorbild für die ganze Menschheit. Das Heil der Welt liege also darin, Japan nachzuahmen. Auch Prinz Konoyé huldigt dieser Lehre, obgleich er sehr gern amerikanischen Journalisten Interviews gibt, seinen Sohn an der amerikanischen Universität Princeton studieren läßt und es duldet, daß sein jüngerer Bruder als Dirigent mit dem von ihm geleiteten Orchester Tourneen im Auslande unternimmt.

Das „nationale Ministerium“ des Prinzen Konoyé ist ein Versuch, die verschiedenartigen Machtaktoren der japanischen Politik unter einen Hut zu bringen. Das ist notwendig, weil die innen- und vor allem die außenpolitische Lage des Reiches in der letzten Zeit außerordentlich schwierig geworden ist. Dieser Versuch der nationalen Einigung wird von einem Manne unternommen, der einerseits die Verankerung der uralten Staatstradition Japans darstellt, andererseits jedoch mit allen Waffen der westlichen Zivilisation gewachsen ist; einem Manne mit einem Wort, der ganz alte Ziele mit ganz neuen Mitteln erreichen will. Zweifellos ist Prinz Konoyé der klügste japanische Politiker der Gegenwart. Es fragt sich aber, ob die Ziele der japanischen Innenpolitik und vor allem der Außenpolitik für überhaup in der heutigen Welt verwirklicht werden können.

Ein Paradies der Schmuggler

Am Ende der Grenze der holländischen Provinz Nord-Brabant liegt die Gemeinde Baarle-Hertog. Es ist fälschlich in seiner Art der merkwürdigste Ort in Europa. Wenn man dort durch die Straßen geht, kann man fast nirgends mit Gewißheit sagen, ob man im Augenblick auf holländischem oder auf belgischem Boden steht. Es ist aber nicht so, daß etwa quer durch den Ort die Grenze verläuft, sie macht vielmehr merkwürdige Sprünge, die jeder Vernunft zu trotzen scheinen. Dreißig kleine Landspitzler, die einst zu der Herrschaft der Herzöge von Brabant gehörten, sind hier vollständig von holländischen Gebieten durchzogen und umschlossen. Die darin wohnenden Belgier sind ein Staatsangehörigen haben nirgendwo eine rein belgische Landverbindung zu ihrem Vaterland und können sich untereinander auch kaum besuchen, ohne wieder über Stille holländischen Bodens gehen zu müssen. Zur Zeit der Abwertung des belgischen Francs konnte der holländische Einwohner in die belgischen Teile der Gemeinde gehen und dort nach Herzenslust für viel, viel weniger Geld trinken, rauchen und essen, als es ihm außerhalb der belgischen Enklaven von Baarle möglich war. Auch heute noch ist es bei den belgischen Geschäftsleuten von Baarle billiger als bei den holländischen.

Die Geschichte dieser Anstalt ist nicht neu, sondern hat ihre Wurzel im Mittelalter. Verwunderlich müht es nur an, daß es auch unsere Zeit nicht gelang, eine befriedigende Lösung

zu finden. Die belgische Gemeinde Baarle-Hertog (Baarle-duc) hat 1500 Einwohner, von denen 1000 in den dreißig von holländischem Grund und Boden umschlossenen Enklaven leben. Die größte dieser Enklaven umfaßt eine Straßengasse mit zwei Nebenstraßen, ein Gebäude, das auf dem Ortsplan etwa die Form eines großen lateinischen Z erkennen läßt. Die kleinste Enklave besteht aus einem gewöhnlichen Wohnhaus mit Umzäunung. Innerhalb der Enklaven befinden sich die Kirche, die Post, die Postleiste und das Gemeindegeld des belgischen Baarle-Hertog. Entstanden ist dieser kuriose Zustand aus den verschiedenen Rechten, die mit den ehemaligen Lehen verbunden waren. Die Nassauer besaßen andere Lehenrechte als die Herzöge, die im wesentlichen freie Eigentümer gewesen sind. Zwischen beiden Volksteilen gab es schon in früherer Zeit ständig Zwistigkeiten bezüglich der Abgaben und der gemeinsamen Weideweiden. Aus dem 13. Jahrhundert ist es bekannt, daß die Nassauer den Herzögern die Benutzung der Straße unterlagten, worauf die Benachteiligten sich dadurch rächten, daß sie ihren Nachbarn den Besuch der Kirche nicht mehr gestatteten. Den Nassauern blieb nichts anderes übrig, als sich ein eigenes Gotteshaus zu errichten, die jetzige Salvatorkapelle. Man hat sich die labyrinthische Grenzziehung und die Entstehung der Enklaven etwa so zu erklären, daß viele Parzellen gemeinschaftliches Eigentum waren und sowohl von den Nassauern als auch von den Herzögern (vielleicht als Weiden) benutzt wurden. Nach und nach ist dann verfußt worden, die rechtliche Zugehörigkeit der einzelnen Landstücke zu diesem oder jenem Staat festzustellen, was inzwischen zertlos gelungen ist, ohne daß

sich dadurch die verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten, z. B. beim Zollrecht, geändert hätten.

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Grenzlinie einen sehr schönen Beleg für die Schmuggler herbeibringt, was sich denn auch an dem großen Aufgebot von Grenzbeamten erkennen läßt. Es ist an sich nichts dabei, daß die Einwohner sowohl in Nassau als in Hertog ihre Gebrauchsartikel kaufen dürfen, obwohl immer die Geschäftswelt der einen Nationalität gegenüber der anderen zu kurz kommt, wie es gerade die Valuta will. Zollpflichtig werden die Waren erst, wenn sie außerhalb der Enklaven verhandelt werden. Deshalb umschließt ein Ring von Zollbeamten das ganze Gebiet von Baarle. Aber auch innerhalb der Mauern Baarles muß die Zollbehörde hüllisch aufpassen. Da kann zum Beispiel der Wirt der Gaststätte „De Hollandsche kroeg“ belgisches Bier durch seine nach Belgien zu gelegene Haustür zollfrei hereinbringen lassen und es in seiner auf holländischem Boden stehenden Wirtschaft verkaufen. Doch ist ihm ein Kiesel davorgeschieben worden. Will er belgisches Bier zollfrei erwerben, so darf er es ausschließlich auf dem Bürgersteig vor seinem Haus zapfen, also nur auf belgischem Gebiet. Er mühte Tische und Stühle vor seine Wirtschaft ins Belgische legen, während im Inneren des Hauses — in Holland — das selbe Bier verzollt, also teurer, verkauft würde.

Die seltsamsten Schmugglergeschichten werden in Baarle erzählt. Jedenfalls spürt man allenthalben eine Atmosphäre von romantischer Gefährlichkeit. Und der Zollbeamten können es noch so viele sein, die Feindschaft der holländischen und belgischen Einwohner von Baarle spielt ihnen Tag für Tag neue Streiche.

